

Vorschulen.

Von

Prof. Dr. Paul Hildebrandt.

Die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten scheint ins Lager der Vorschulgegner abzuschwenken. Nachdem schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung Geheimrat Cassel und Dr. Weyl sich in diesem Sinne ausgesprochen hatten, will der Ausschuß für die Begabenschulen beim Sophiengymnasium und der neuen Oberrealschule die Vorschulen streichen und verlangt Verhandlungen mit den Vororten über Abbau der Vorschulen überhaupt. Morgen wird die Vollversammlung hierüber befinden; deshalb soll hier eine kurze Zusammenfassung die Gründe für und wider die Vorschule vergegenwärtigen.

Der Kampf steht so, daß von der einen Seite pädagogische Gründe für, von der anderen politische Gründe gegen die Vorschulen angeführt werden. Man sucht aber natürlich einander die Waffen aus den Händen zu schlagen, und so kommen die Pädagogen auch auf das politische, die Politiker auch auf das pädagogische Gebiet.

Der politische Hauptvorwurf ist, die Vorschule sei eine „Standeschule“. Berufen sich die Pädagogen auf die Stigmata oder auf eigene Erfahrungen, wie Direktor Tropste in der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung auf die Wahrnehmungen in seiner Oberrealschule, so erwidern die Gegner, Standeschulen seien alle Lehranstalten, in denen Schulgeld erhoben wird. Da diese Begriffsbestimmung nicht widerlegt werden kann, so macht die andere Seite darauf aufmerksam, daß, wo Vorschulen fehlen, sich Privatschulen einstellen, die viel schlimmere „Standeschulen“ seien. Schon neulich wurde darauf hingewiesen, daß die königstädtische vorschullose Oberrealschule die Gründung einer Privatschule hervorgerufen hat, die reichen Gewinn abwirft. Die Politiker erklären solche Befürchtungen für überflüssig und verweisen auf Westfalen und Süddeutschland, wo keine Vorschulen vorhanden seien und trotzdem besonders viel Privatschulen nicht gegründet würden. Das erklären die Freunde der Vorschulen, was Westfalen betrifft, für falsch, und was Süddeutschland anlangt, aus den starken demokratischen Strebungen jener Gegenden.

Die Politiker erwidern hierauf: Nicht, weil Süddeutschland demokratischer ist als der Norden, bestehen dort keine Vorschulen, sondern umgekehrt: Weil dort keine Vorschulen bestehen, sind diese Gegenden demokratischer geworden. Schafft Ihr sie bei uns ab, so wird die gleiche Folge eintreten, vor allem aber wird die Volksschule gehoben, weil dann alle Kinder hineingehen und der Verkehr der Volksschichten untereinander viel inniger wird, auch ins höhere Alter fortwirkt.

Die Gegenseite erklärt, daß diese Folgerung falsch sei. Als Beweis führt sie die Simultanschule an, die konfessionelle und religiöse Streitigkeiten auch nie verhindert hätte. Da es sich also hier um Behauptungen handelt, die nicht bewiesen werden können, erklären nun die Politiker die Vorschulen seien Bildungsperren, und ihre Schüler bildeten hauptsächlich den Ballast, den die Mittelstufe der höheren Schulen erst wieder ausscheiden müsse. Der erste Punkt ist, wenigstens für Berlin durch statistische Erhebungen widerlegt: Es sind genügend freie Plätze in den Sexten vorhanden, aber die Volksschüler melden sich nicht. Für den zweiten hat soeben Oberlehrer Bernhardt im „Deutschen Philologenblatt“ den Beweis erbracht, daß in den Jahren 1902-7 im vorschullosen Westfalen durchschnittlich mehr Schüler vor der Untersekunda abgegangen sind als in Berlin mit seinen vielen Vorschulen.

Weshalb hängt denn aber der größte Teil der Pädagogen, auch die fortgeschrittensten, wie die Oberrealschuldirektoren an der Vorschule? Zunächst erhalten sie durch die Vorschulen gleichmäßig vorbereitete Schüler, während die Volksschüler von verschiedenen Anstalten kommen. Dann aber sind sie der Ueberzeugung, daß die künftigen Sextaner durch die auf die höhere Schule zugeschnittene Vorbildung besser eingeführt werden als durch die Volksschule, die grundsätzlich andere Ziele verfolgen soll, namentlich weniger Grammatik treibt. Nun hat ein Ministerialerlaß die Ziele der Vorschulen eingeschränkt, so daß sie durch einen dreijährigen Volksschulbesuch mit darauffolgendem, für Berlin bereits in Aussicht genommenen Vorbereitungskursus ebenfalls erreicht werden können. Hier besteht nun die Schwierigkeit, daß entweder die Volksschule von vornherein als Vorbereitungsschule für die höhere Lehranstalt aufgefäßt und also nach ihr wesensfremden Zielen gerichtet wird: dann wird man allerdings durch diese Schädigung der in der Volksschule verbleibenden Schüler ohne Kursus mit 3 Jahren auskommen. Oder der Kursus setzt ein, dann verlieren die Schüler doch Zeit gegen die Vorschüler.

Diese Schwierigkeit wird dann behoben, wenn man, wie im Mannheimer System die ausgelesenen begabten Volksschüler nach dem zweiten Jahre bereits eine Sonderklasse durchlaufen läßt. Vom pädagogischen Standpunkt läßt sich dagegen nichts einwenden, und diese Sonderklasse bedeutet auch keine Standesklasse, weil sie unentgeltlich ist. Diesen Ausweg müßte Berlin bei einer grundsätzlichen Aufhebung der Vorschulen beschreiten.